



Darf nicht betreten werden: Likörfabrik Foto: Markus Dorfmüller

corona in hamburg

„Die Coronakrise wird verpolizeilicht“

Interview Pascal Patrick Pfaff

taz: Herr Behr, die grundsätzliche Aufgabe der Polizei ist die Gefahrenabwehr. Wie kämpft es sich gegen Corona?

Rafael Behr: Das Coronavirus ist eine Gesundheitsgefahr, etwas Immaterielles. Für die Polizei ist das ein neues Metier, weil sie selbst als Subjekt und Objekt begriffen werden kann: als Gefahren abwehrende Organisation und auch als Ort, an dem Polizisten Betroffene einer möglichen Infektion sind.

In Coronazeiten soll die Polizei Allgemeinverfügungen durchsetzen. Entwickelt sich hier ein neues Normensystem?

Durchaus. Ich habe es mal „neues Disziplin-Regime“ genannt. Der Lockdown ist ja nicht gegenstandslos geworden; es gibt nur sukzessive Lockerungen. Die Öffentlichkeit muss neue Dinge lernen, wie man sich verhält. An welchen Orten trägt man welche Masken? Wie regelt man Einbahnstraßenverkehr im Einkaufszentrum? Sich an dieses Disziplin-Regime anzugleichen, macht der Gesellschaft schon arg zu schaffen.

Was bedeutet das für die Arbeit der Polizei?

Zu Beginn der Krise war das Publikum erschrocken und verängstigt. Die Leute sind dankbar gewesen, dass es mit der Polizei eine ordnende Institution gab. Das verändert sich nun mit dem Widerstand gegen die Allgemeinverfügungen. Die Polizei muss nun einfach die Regeln durchsetzen. Sie wird jetzt allerdings in inhaltliche Debatten involviert, bei denen es um Schutzmaßnahmen, Impfungen oder Bill Gates geht. Dazu können Polizisten natürlich keine Stellung nehmen. Die Coronakrise wird quasi verpolizeilicht.

Es heißt in einem Presstext sinngemäß, dass die Coronaregelungen der Prävention wegen durchgesetzt werden – sie aber ein Teil der Bevölkerung als Repression empfindet. Dies kann zu Aggressionen führen. Wie geht die Polizei damit um?

Im Moment noch durch Aufklärung und Dialog. Das hat letzte Woche in der Schanze aber nur bedingt geklappt. Indes werden die Verhaltensweisen des Publikums härter; man verschließt sich dem aufklärerischen Aspekt. Mir fällt zurzeit auf, dass sich die Perspektive vom schutzwürdigen Publikum hin zum Störer verändert. Dieser kann durch Überzeugungsarbeit nicht erreicht werden, er folgt der polizeilichen Weisung nicht. Da wird die Polizei natürlich mit ihrem Repertoire an Einsatzmöglichkeiten nachlegen. Der klassische Ansatz ist ja: informieren, belehren und anschließend sanktionieren – mittels Personalfeststellungen, Bußgeldverfahren und so weiter.

„Von der Gefahrenabwehr zur Regeldurchsetzung – Polizei und Polizisten in Coronazeiten“: Zoom-Gespräch, 17–18.30 Uhr, Anmeldungen mit dem Betreff „Gefahrenabwehr“ an pz@boell-hamburg.de



Foto: privat

Rafael Behr 62, ist Professor für Polizeiwissenschaften an der Akademie der Polizei in Hamburg.

Eine Schnapsidee

Ein Bauunternehmen lässt die alte Likörfabrik in Harburg verfallen. Eine Initiative will das denkmalgeschützte Gebäude retten – und bekommt Unterstützung vom Bezirk

Von Michelle Bauermeister

„Betreten verboten! Einsturzgefahr! Lebensgefahr!“, mahnt in Großbuchstaben ein gelber Zettel im Fenster. Zusätzlich versperren Bauzäune und ein Container den Weg zu den Hilke-Häusern im Harburger Binnenhafen. Seit 1985 wird in dem denkmalgeschützten Fabrikgebäude kein Schnaps mehr gebrannt. Seitdem steht die alte Likörfabrik leer – und verfällt. Die Initiative Lifa will das Gebäude retten, doch der Eigentümer sperrt sich.

2001 hat das Hamburger Bauunternehmen HC Hagemann, das Grundstück samt Gebäuden gekauft, diese jedoch trotz des Denkmalschutzes nie saniert. Und die Geschäftsführer Arne und Christian Weber wollten das Gebäude bereits wieder loswerden. 2018 stand die Likörfabrik im Netz zum Verkauf.

Georg Kühnelt wurde über die Verkaufsanzeige auf die alte Fabrik aufmerksam. Gemeinsam mit Freunden aus einem gewerkschaftsnahen Umfeld gründete er die Initiative Lifa, die sich für die Rettung des äl-

testen Industrieensembles im Binnenhafen einsetzt.

Die Gruppe hat viele Ideen für das Gebäude: „Wir wollen nicht alleine leben. Und wir haben einen gesunden politischen Idealismus, um etwas Soziales auf die Beine zu stellen“, sagt Kühnelt. Er wünscht sich ein soziales Wohnprojekt, einen Begegnungsort mit Museumscafé und frei nutzbaren Räumen für Anwohner*innen des Viertels.

Bezahlbarer Wohnraum

Die Sanierung der Fabrik würde mehrere Jahre dauern und Millionen kosten. Die Initiative setzt auf eine Mischfinanzierung aus Direkt-, Bankkrediten und Eigenkapital. Beraten wird die Initiative vom Mietshäuser-Syndikat, einem Projektverbund, der sich für den Kauf von Häusern einsetzt, die selbstorganisiert in Gemeineigentum überführt werden. So soll bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden.

In der alten Fabrik war Kühnelt selbst noch nie. 2019 wollte der Eigentümer die Gebäude abreißen lassen. Ein privates Gutachten sollte die Einsturzgefahr der Fabrik beweisen. Das Denk-

malschutzamt habe den Zustand nach einer Begehung der Fabrik jedoch anders bewertet, sagt Kühnelt. Eine endgültige Entscheidung über die Abrisspläne steht allerdings noch aus. Darum darf niemand die Gebäude betreten.

HC Hagemann äußerte sich auf Anfrage der taz zu den Abrissplänen: „Derzeit verhandeln wir mit der Freien und Hansestadt Hamburg sowohl über den 2019 gestellten Abbruchantrag als auch einen möglichen Verkauf der Gebäude und des Grundstücks.“ Einzelheiten nannte das Unternehmen nicht.

Anfang des Jahres machte HC Hagemann der Stadt jedoch ein überraschendes Angebot: Für einen symbolischen Euro würde Geschäftsführer Arne Weber die Gebäude verkaufen – das Grundstück in der attraktiven Lage im Binnenhafen aber nicht.

Das Gutachten und das Angebot seien Teil der Hinhaltepolitik des Eigentümers, meint Kühnelt: „Wir glauben nach wie vor, dass HC Hagemann und Arne Weber bisher eine Verzögerungstaktik fahren und nicht so richtig wollen. Und es wäre

schön, wenn sie irgendwann wollen würden.“ Umso länger die Fabrik leer stehe, desto wahrscheinlicher werde ein Abriss.

Bezirk befürwortet Pläne

Anfang April hat die Initiative bei einem Treffen mit dem Bezirksamt Harburg ihre Pläne zur weiteren Nutzung der Likörfabrik vorgestellt. „Das Bezirksamt zeigt sich den Vorschlägen auch weiterhin aufgeschlossen gegenüber“, sagt Bezirksamtsprecher Dennis Imhäuser gegenüber der taz. „Derzeit ist ein Verfahren zu diesen Gebäuden bei Gericht anhängig.“

Ohne Webers Zustimmung ist ein Kauf des Grundstücks und der Gebäude nicht möglich. „Es steht und fällt letztlich mit der Entscheidung des Eigentümers“, sagt Kühnelt. Jede Anfrage der Initiative an Weber sei unbeantwortet geblieben. Aber der Zuspruch der Ämter motiviere, weiterzumachen, sagt Rieke Warnecke von der Initiative. Sie glaubt daran, dass es in der Likörfabrik bald soziale Projekte geben wird. Denn wo ein Wille sei, sei auch ein Weg, sagt sie.

Angesteckt im Krankenhaus

Eine Senatsantwort offenbart, dass es mehr Covid19-Ausbrüche in Kliniken gab, als bisher bekannt

Von Marthe Ruddat

In Hamburger Krankenhäusern hat es 13 nosokomiale Ausbrüche von Covid-19 gegeben. Dabei wurden 70 Patient*innen und 91 Mitarbeiter*innen der Kliniken positiv auf das Virus getestet. Das geht aus einer Antwort des Senats an den Abgeordneten Deniz Celik (Die Linke) hervor.

Nosokomiale Infektionen sind solche, die im Zusammenhang mit einer medizinischen Maßnahme stehen, wenn sich also jemand im Krankenhaus oder einer Pflegeeinrichtung angesteckt hat. Von Ausbrüchen wird laut Gesundheitsbehörde bei mindestens zwei nosokomialen Infektionen gesprochen, bei denen „ein epidemischer Zusammenhang wahrscheinlich ist oder vermutet wird“.

In welchen Krankenhäusern die Ausbrüche stattfanden, beantwortet der Senat nicht. Die Zahlen orientieren sich an den bei den Gesundheitsämtern der Bezirke gemeldeten Ausbrüchen. Insgesamt wurden 145 infizierte Krankenhausmitarbeiter*innen gemeldet.

Celik kritisiert, dass der Senat die Ausbrüche nicht von sich aus öffentlich macht und die Namen der Krankenhäuser nicht nennt. „Ich finde, das ist eine sehr intransparente Informationspolitik“, sagt er. Die

In welchen Krankenhäusern die Ausbrüche stattfanden, wird nicht beantwortet

Menschen wollten wissen, was in den Krankenhäusern passiere. „Viele sind verängstigt und gehen nicht ins Krankenhaus“, sagt er. „Transparenz könnte da helfen.“

Tatsächlich hatten sich in den letzten Wochen mehrere Ärzt*innen an die Öffentlichkeit gewandt, weil die Notaufnahmen deutlich leerer seien als sonst und die Mediziner*innen die Befürchtung hatten, dass Menschen trotz schwerer Erkrankung nicht ins Krankenhaus gehen – aus Angst sich anzustecken (taz berichtet).

Aus der Gesundheitsbehörde heißt es auf taz-Anfrage, nosokomiale Infektionen würden den Gesundheitsämtern gemeldet. Informationen über einzelne Ausbruchsgeschehen mit geringen Fallzahlen seien der

Behörde gegenüber aber nicht meldepflichtig. Bei größeren Ausbrüchen seien die Gesundheitsämter angehalten, die Behörde zu informieren. Die Namen der betroffenen Kliniken könnten wegen der Amtsverschwiegenheitspflicht nicht genannt werden. Die Häuser müssten selbst entscheiden, ob sie die Öffentlichkeit informieren.

Ein Ausbruch in der Krebsabteilung des Universitätsklinikums Eppendorf (UKE) wurde durch einen Bericht des Spiegels öffentlich, ebenso Fälle infizierter Patient*innen und Mitarbeiter*innen in der Asklepios-Klinik Harburg. In der Senatsantwort tauchen die Harburger Fälle nicht auf, weil es sich nicht um ein nosokomiales Ausbruchsgeschehen gehandelt habe.

nachrichten

Stadt kauft Kebap-Bunker

Hamburg hat dem Bund den Hochbunker in der Schomburgstraße abgekauft. „Die Stadt plant einen Umbau der Bunkeranlage für Gemeinbedarfsnutzungen, um so das Grundstück im Sinne der Stadt und der örtlichen Interessen weiterzuentwickeln“, teilte der Senat mit. Das Kultur-Energiebunker-Altona-Projekt (Kebap) will den Bunker zu einem Kulturzentrum machen und darin Fernwärme produzieren. (taz)

Wirt verklagt Allianz

Hamburger Gastwirte haben angekündigt, mit einer Sammelklage gegen den Versicherungskonzern Allianz vorzugehen. Dennis Kwong, Betreiber eines China-Restaurants

am Hauptbahnhof, teilte mit, wie andere Gastronomen habe er eine Versicherung gegen eine Betriebsschließung abgeschlossen. Die Allianz wolle aber nur einen kleinen Teil des Schadens begleichen. (taz)

Einigung über A7-Deckel

Im Streit um den Autobahndeckel in Altona haben sich Anwohner und Planungsbehörde auf einen Vergleich geeinigt, der garantiert, dass eine Überbauung des Autobahndeckels mit einer Straße ergebnisoffen geprüft wird. Zwei Anwohner hatten vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig geklagt. Würde der Holstenkamp zu einer Durchgangsstraße, sähen sie sich erheblichen Lärmbelastungen ausgesetzt. (dpa)